

**Frau  
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**

**Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin**

Mannheim, den 03.12.2020

**Betr.: K 202 137/20**

Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin,

unter dem o.g. Aktenzeichen haben sich in Ihrem Hause mittlerweile eine Reihe von unbeantworteten Briefen gestapelt.

Im Jahre 2009 hatten wir als „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ (IEDF) Sie erstmalig über die Diskriminierung derer informiert, die in der Zeit der deutschen Teilung dem SED-Regime den Rücken gekehrt hatten. Eine Diskriminierung und Demütigung dieser Personengruppe, für die keine rationale Erklärung erkennbar ist.

Der ehemalige Kanzleramtsminister Prof. Horst Teltschik hat mir einmal gesagt, dass sein damaliger Chef, der Bundeskanzler Helmut Kohl, jeden an ihn gerichteten Brief beantwortet hat. Zwar nicht jeden selbst, aber je nach Gewicht des Inhalts nach Möglichkeit auch persönlich. Er könne es nicht verstehen, dass das jetzt nicht mehr so praktiziert wird.

Ein geradezu peinlicher Vergleich drängt sich auf. Wenn ein DDR-Bürger ein Problem hatte, mit dem er bei den zuständigen staatlichen Stellen kein Gehör fand, hat er sich mit einer „Eingabe“ an den Staatsratsvorsitzenden gewandt. Von dort wurde ihm geantwortet. Und in nicht wenigen Fällen sogar Abhilfe geschaffen.

Das, was ich Ihnen zu schildern habe, ist in der Tat von Gewicht. Es geht um die Gesamtheit derer, die in der Zeit der deutschen Teilung per „Abstimmung mit den Füßen“ gegenüber der SED-Diktatur Ablehnung und Widerstand zum Ausdruck gebracht haben. Deren Aufnahme in der alten Bundesrepublik Deutschland war gesetzlich geregelt und hat den Neankömmlingen die Eröffnung eines neuen Lebensabschnitts in Freiheit ermöglicht.

Nach dem Beitritt der DDR muss es einen mysteriösen, nirgendwo dokumentierten politischen Beschluss gegeben haben, mit dem rückwirkend in diesen neuen Lebensabschnitt eingegriffen wurde. So jedenfalls hat es am 3. Oktober 2019 der Abteilungsleiter IV im BMAS, Hans-Ludwig Flecken, dargestellt. Wo diese angebliche politische Entscheidung dokumentiert ist, konnte er allerdings nicht sagen.

Von einer neuen gesetzlichen Regelung zu Lasten dieser Personengruppe ist niemals etwas veröffentlicht worden, geschweige denn dass die Betroffenen informiert wurden. Dem sind wir als „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ (IEDF) seit mehreren Legislaturperioden auf der Spur.

Sie, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, haben einmal den Satz gesagt: „Wenn Gesetze falsch wirken, müssen sie geändert werden.“ Umso mehr muss diese rechtsstaatliche Anstandsregel für „politische Entscheidungen“ gelten.

Die zur Disposition stehende „politische Entscheidung“ scheint ihren Ursprung im BMAS zu haben. Insofern ist es inakzeptabel, wenn das BMAS für die Bearbeitung der einschlägigen Eingaben zuständig ist.

Seit 2009 versucht der Vorstand der IEDF, Sie, sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin, darum zu bitten, sich der Angelegenheit anzunehmen.

Im Zusammenhang mit der ursprünglichen Sammelpetition Pet. 3-16-11-8222-015348 (im Juni 2012 vom Bundestag - im Sinne der Beschlussempfehlung - mit den Stimmen aller Fraktionen beschlossen) erhielten wir von SPD-Abgeordneten klare Hinweise, dass Sie, sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin, das Schicksal der ehemaligen DDR-Flüchtlinge offenbar zur Chefsache gemacht haben.

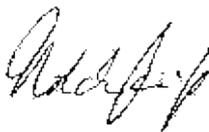
Wortlaut der Mitteilungen:

*„Die Thematik ist auf der Ebene 'Merkel/Nahles' angekommen und konnte aber dort wohl noch nicht intensiv beraten werden.“ (09.03.2015)*

*„Entsprechend soll die Frage wohl bald einer abschließenden Klärung im Parlament (gestern war es nur der Ausschuss) zugeführt werden, in der sich ... auch die Kanzlerin - abschlägig - einschalten wird.“ (18.03.2015).*

Ich erlaube mir, an einen bewährten Grundsatz der Rechtsprechung zu erinnern: „Audiatur et altera pars.“ Dazu haben wir bisher noch keine Gelegenheit bekommen. Bitte geben Sie der „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ (IEDF) die entsprechende Kommunikationsmöglichkeit.

Mit vorzüglicher Hochachtung,



Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß  
(Vorsitzender IEDF)